

Ressort: Lokales

Münster-Attentat: NRW-Regierung will Entschädigung für Betroffene

Düsseldorf, 09.04.2018, 15:40 Uhr

GDN - Die NRW-Landesregierung hat eine finanzielle Entschädigung für die Angehörigen und die Opfer der Amokfahrt gefordert, bei der am vergangenen Wochenende in Münster zwei Menschen getötet und über 20 schwer verletzt worden sind. "Nach dem Opferentschädigungsgesetz erhalten Betroffene Leistungen, wenn sie Opfer einer Gewalttat geworden sind", sagte Landessozialminister Karl-Josef Laumann (CDU) der "Rheinischen Post" (Dienstagsausgabe).

Ein solcher Anspruch sei auch bei den Betroffenen des Anschlags auf dem Berliner Breitscheidplatz vom Dezember 2016 anerkannt worden. "Gleiches muss nun auch für die Betroffenen der Geschehnisse in Münster gelten", sagte Laumann.

Bericht online:

<https://www.gemandailynews.com/bericht-104471/muenster-attentat-nrw-regierung-will-entschaedigung-fuer-betroffene.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com